

## **9. Mit Steuergeldern Kriminalität verharmlosen und verherrlichen?**

Interpellation René Isler (SVP, Winterthur), Susanna Lisibach (SVP, Winterthur), Erich Vontobel (EDU, Bubikon) vom 27. September 2021

KR-Nr. 345/2021, RRB-Nr. 1363/24. November 2021 (Stellungnahme)

*René Isler (SVP, Winterthur):* Ich habe die Traktandenliste von heute nicht zusammengeschustert, nur weil Sie meinen, ich rede zu jedem Geschäft, aber das ist so. Mir wäre auch lieber gewesen, statt der über zweijährigen Interpellation das Traktandum 11 (*KR-Nr. 434/2021*) vorzuziehen, das wäre mir eine grössere Herzensangelegenheit, aber das geht nicht. Nichtsdestotrotz: Es ist eigentlich schon ein Irrsinn, wenn ein Künstlerkollektiv, zusammengesetzt aus linken Anwälten und Menschenrechtsaktivisten, sich mit dem schweizweit bekannten, höchst gewaltbereiten und gemeingefährlichen Brian K. solidarisiert und dafür von der Fachstelle Kultur auch noch für ein weltfremdes, fern jeglicher Realität stehendes Kunstsubjekt 20'000 Franken erhält. Bei Brian K., wir wissen es, handelt es sich um einen laut Gerichtsakten hoch aggressiven, gewalttätigen jungen Mann mit teils starken psychischen Beeinträchtigungen. Genau dieser Brian ist schon mehrfach brutal auf andere Menschen, Aufsehene, losgegangen und hat auch mehrere Beschäftigte des Gefängnispersonals teils schwer verletzt.

Die Fachstelle Kultur hat gemäss der Regierungsantwort das erwähnte Projekt angeblich auf einstimmige Empfehlung der Fachgruppe Tanz und Theater der kantonalen Kulturförderungskommission hin unterstützt. Die beteiligten Künstlerinnen und Künstler zeichnen sich gemäss der genannten Fachgruppe durch einen professionellen Werdegang aus und sind in der hiesigen Theaterszene gut verankert. Na dann einmal gute Nacht, ihr Kulturschaffenden.

Erfreulich ist nun aber, dass der Regierungsrat wenigstens diese Einschätzung nicht teilt. Bereits in seiner Beantwortung der dringlichen Anfrage Kantonsrats-Nummer 111/2016 betreffend finanzielle Unterstützung des Theaters am Neumarkt hat er damals ganz klar festgestellt, dass die künstlerische Freiheit ihre Grenzen dort findet, wo dem Recht anderer auf Achtung ihrer Persönlichkeit, ihres Privatlebens sowie ihrer Meinungsfreiheit nicht genügend oder gar keine Beachtung zukommt oder geschenkt wird. Gar nicht einverstanden sind wir aber – und ich auch persönlich – nun aber mit der Antwort der Justizdirektion, weshalb eine weltfremde Aktivistengruppe, welche vorsätzlich und gewissenhaft Gewalttaten eines gefährlichen Täters eine Plattform bietet und somit alle bisherigen therapeutischen, psychiatrischen Massnahmen von Brian K. nicht beantworten will. Mit der Ausrede, der Regierungsrat erteile zum Schutze der Persönlichkeit keine Auskunft über einzelne Insassen, wird wissentlich weggeduckt, wo eigentlich nicht mehr weggeduckt werden darf. Hier geht es ja bekanntlich nicht um Brian, sondern um die sogenannte Künstlergruppe, welche psychische und physische Gewalt an Mitarbeitern verniedlicht und teils sogar verherrlicht.

Auch die verursachten Mehrkosten der Kantonspolizei Zürich, verursacht durch die Aufrechterhaltung der Sicherheit während der Aufführung dieser Theatergruppe vor der JVA (*Justizvollzugsanstalt*) Pöschwies – man stelle sich das einmal vor – schweigt sich die Justizdirektion aus beziehungsweise wird lapidar auf das POG (*Polizeiorganisationsgesetz*) verwiesen. Es wird wohl so sein, dass diesen mit Steuern finanzierten, schlussendlich staatlich geförderten Irrsinn einmal mehr die Steuerzahlenden im Kanton Zürich zu bezahlen haben. Abschliessend finde ich es persönlich äusserst bedenklich, wenn Gewalt zulasten von Opfern analysiert und das Ganze noch mit Steuergeldern finanziert wird. Dass solche Aktivistengruppierungen der Kultur mittelfristig einen Bärendienst erweisen, muss hier vermutlich nicht erwähnt werden. Ich persönlich habe mich inhaltlich noch nie über die Kultur ausgelassen, aber wenn Mitarbeitende einer Vollzugsanstalt, die eine sonst schon sehr belastende Arbeit ausüben, durch Gewaltanwendung zu Schaden kommen, hört bei mir jedes Verständnis für solch gefärbte Kultur auf. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

*Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen)*: Lieber Herr Isler, diese Interpellation zielt einmal mehr darauf ab, die Person Brian K. in den Fokus zu zerren. So sind die formulierten Fragen nicht nur polemisch formuliert, sondern zielen auf eine ganze Menge von Bereichen ab, welche aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes gar nicht beantwortet werden können. Es entsteht irgendwie das Bild, dass Sie gar keine Antworten wollen, sondern einfach einmal mehr das Thema «Brian» bewirtschaften möchten. Den Rundumschlag gegen die Kunstschaffenden krönen Sie mit dem angeblich erhöhten Polizeiaufgebot, was nicht ganz unumstritten ist; ein Schelm, der Ihnen auch hier eine andere Intention unterstellt.

Liebe Interpellantinnen und Interpellanten, wenn Sie wirklich ein Interesse daran haben, das Kapitel «Brian» zu schliessen, dann hören Sie auf, irgendwelche Themen zu konstruieren und diese via Kantonsrat ins mediale Licht zu rücken. Streichen Sie das Thema «Brian» doch einfach aus Ihrer Themenliste, wir könnten alle damit gut leben.

*Patrick Hässig (GLP, Zürich)*: Die Antwort des Regierungsrates auf diese Interpellation ist ausserordentlich kurz. Eine knappe A4-Seite wird benötigt, um die sechs Fragen zu beantworten. Man könnte meinen, dass es dem Regierungsrat nicht sonderlich wichtig war, auf diese Fragen Bezug zu nehmen. Fair enough, es riecht nach einer Empörunginterpellation und sie sieht auch danach aus. Nun gut, die Regierung bezieht sich in ihrer Antwort auf die Empfehlung der Fachstelle Kultur, die künstlerische Freiheit, und beruft sich ansonsten mehrfach auf den Datenschutz. Dass wir von den Grünliberalen die künstlerische Freiheit hochhalten, ist unbestritten. Dass es für staatliche Kultursubventionen sicherlich auch besser geeignete Projekte gibt, deren Finanzierung insbesondere auch in der breiten Bevölkerung auf mehr Verständnis stossen würde, aber ebenso. Da es eine einmalige Subvention war und das Geld bereits ausgegeben ist, erübrigen sich lange Analysen und Ausführungen, eine Neuauflage der Subvention allerdings auch.

*Lisa Letnansky (AL, Zürich):* Die Kunstfreiheit ist eine Errungenschaft der Demokratie, die unbedingt geschützt werden muss. Ausserdem verfolgt gute Kunst heutzutage andere Zwecke als reine Unterhaltung oder Propaganda. Gute Kunst beinhaltet Ambivalenzen, erzeugt Reibung und stellt mehr Fragen, als dass sie Antworten bietet. Das Theaterkollektiv um das Projekt «Big Dreams», das sich inhaltlich mit dem Fall von Brian K. befasst hat, war sich der Ambivalenzen in ihrer Fragestellung durchaus bewusst. Es ging darin aber in keiner Sekunde darum, Brian oder seine Gewalttaten zu verherrlichen oder zu verharmlosen. Ich weiss nicht, wie viele der hier Anwesenden tatsächlich an einer der Veranstaltungen waren. Ich gehe schwer davon aus, Herr Isler war es nicht. Es ging um die Frage, wie es so weit kommen konnte, dass ein junger Mann in die Dauerschleife der Gewalt und Repression geraten konnte, um die Funktion der Medien in dieser Geschichte und die Befragung der Struktur unseres Rechtssystems. Dafür haben sie Wissenschaftlerinnen, Expertinnen und Aktivistinnen miteinbezogen. Brians Taten und die verübte Gewalt dürfen nicht kleingeredet werden und sind aufs Schärfste zu verurteilen. Aber es ist auch bekannt, dass Brian im Gefängnis zeitweise menschenrechtswidrigen Bedingungen ausgesetzt war. Er sass zwei Jahre lang in die Isolationshaft, was Nils Melzer, der UN-Sonderberichterstatter über Folter, als nicht völkerrechtskonform eingestuft hat. Auch die UNO-Sondergruppe für Menschen afrikanischer Abstammung hat interveniert und im Oktober 2022 einen Bericht vorgelegt, der der Schweiz ein grundlegendes Problem mit strukturellem Rassismus attestiert. Die Performance des Theaterkollektivs «Big Dreams» kann man mögen oder nicht, Kunst ist immer Geschmackssache. Ob die zusätzliche Aufmerksamkeit für die am Fall beteiligten Personen und vor allem für Brian selbst wirklich von Vorteil war, kann man auch infrage stellen. Der Diskurs über strukturelle Benachteiligung in unserem Rechtssystem und den sensationslüsternen, von Rassismus durchzogenen Medienrummel ist aber grundlegend als produktiv zu beurteilen. Und es kann nicht sein, dass Künstlerinnen, die sich mit unliebsamen politischen Fragestellungen befassen, von ebendieser Politik deswegen unter Beschuss geraten. Die kritische Befragung unserer Gesellschaft ist eine genuine Aufgabe der Kunst, die es zu schützen und zu bewahren gilt, auch wenn sie manchmal wehtut. Vielen Dank.

*Erich Vontobel (EDU, Bubikon):* Ich erlaube mir wie folgt auf die Antwort unserer Regierung, sprich in diesem Fall von Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Stellung zu nehmen:

Zur Antwort auf Frage 1: Es darf ja nicht sein, dass eine Theatergruppe die Bemühungen unserer Justiz im Grunde genommen zunichtemacht. Mag diese Gruppe noch so professionell und verankert sein, die Bearbeitung und Aufarbeitung des Falles «Brian K.» ist keine Aufgabe für ein Theater, Frau Fehr, da wären Sie in der Pflicht gewesen. Mit Verlaub, solche Aufgaben delegiert man nicht an ein Theater. Beim Fall «Brian K.» ging es nicht um etwas, das zur allgemeinen Unterhaltung auf eine Bühne gehört. Dafür ist dieses Thema viel zu ernst und hat die Steuerzahler viel zu viel, unverantwortlich viel Geld gekostet.

Zu den Fragen 2 bis 4: Als Kantonsräte sind wir Volksvertreter und stellen unter anderem Fragen, welche das Volk bewegen. Wenn Sie sich weigern, dem Volk nur schon ansatzweise Antworten auf berechnete Fragen zu geben, ist das ein ziemlich spezielles Signal. Im Grunde genommen nehmen Sie einen grossen Teil der Zürcherinnen und Zürcher nicht ernst. Ein grosser Teil unserer Bevölkerung ist Ihnen egal.

Auch bei der Beantwortung der Frage 5 geben Sie nicht wirklich eine Antwort auf die Frage, nehmen nicht wirklich Stellung zum Inhalt der Frage, sondern verstecken sich hinter Paragraphen. Alles in allem bin ich, das haben Sie gemerkt, enttäuscht darüber, wie leichtfertig und oberflächlich Sie mit Vorstössen aus unserem Parlament umgehen. Sie nehmen unser Parlament schlicht und ergreifend nicht ernst, wenn es um Themen geht, wo Sie andere Ansichten haben. Das muss aber nicht so weitergehen. Ich hoffe, dass Sie dieses Feedback aus dem Kantonsrat ernstnehmen, auch wenn es nur von mir kommt. Herzlichen Dank.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Ja, Sie haben jetzt von der SVP einmal mehr versucht, Kapital aus dem Fall «Brian K.» zu schlagen, indem Sie hier drin diesen Fall wieder politisch bewirtschaften. Herr Isler, wenn es Ihnen wirklich so ernst gewesen wäre: Haben Sie diesem Künstlerkollektiv auch Ihre Meinung mitgeteilt? Haben Sie dem Theater Neumarkt einen Brief geschrieben und gesagt «Hey Leute, da bin ich nicht einverstanden»? Nein, Sie wollen nur die Öffentlichkeit des Kantonsrates und dieses Parlaments dafür nutzen, und selbstverständlich geht es hier auch um die geschätzte Frau Justizdirektorin.

Allerdings, in einem gewissen Punkt muss ich Ihnen recht geben, auch Lisa Letnansky muss ich recht geben: Tatsächlich macht es Sinn, zum Beispiel schwierige Haftbedingungen, schwierige gesellschaftliche Bedingungen und so weiter zu thematisieren. Und es kann durchaus auch die Aufgabe der Kunst sein, dies zu tun und dies in die Öffentlichkeit zu tragen. Aber – und das ist mein persönliches grosses Aber – warum muss es der Fall «Brian K.» sein? Es gibt ganz viele Fälle, die für diese Diskussion in Anspruch genommen hätten werden könnten. Aber es ist mir schon klar, und das ist auch mein persönlicher Fingerzeig an dieses Künstlerkollektiv: Das Künstlerkollektiv hat natürlich auch sein Kapital aus diesem berühmten Namen und aus diesem berühmten Fall «Brian K.» geschlagen. Insofern hat diese Aktion auch nur mein bedingtes Verständnis, weil ich nicht verstehe, warum man gerade diesen Fall, der in der Öffentlichkeit schon weit genug besprochen worden ist und keiner neuen Aufarbeitung bedurfte – das ist meine Ansicht –, warum man gerade diesen Fall bemüht hat. Wenn jetzt irgendwelche Forderungen auftauchen, dass man das Theater Neumarkt bei der Förderung, der Kunstförderung, nicht mehr so stark berücksichtigen sollte – und das hatten wir auch schon in vergangenen Zeiten –, dann muss ich Ihnen sagen: Das ist ein klarer Verstoss gegen die Freiheit der Kunst. Und die Freiheit der Kunst ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie, an dem wir Grüne selbstverständlich immer festhalten werden. Insofern würde ich sagen oder möchte ich Sie bitten: Ich hoffe, es ist das letzte Mal, dass wir über Brian K. hier drin in diesem Rat debattiert haben. Also ich finde,

wir sollten aufhören, aus diesem ganz schweren Fall politisches Kapital zu schlagen, und darum sage ich nochmals, was ich schon in der letzten Budgetdebatte gesagt habe: Bitte lassen Sie Brian K. in Ruhe, lassen Sie ihn in Ruhe! Ich danke Ihnen.

*René Isler (SVP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal:* Im wirklichen Leben würde ich jetzt sagen: Die linke Ratshälfte ist betriebsblind. Ich habe es ja schon zu Anfang gesagt, diese Interpellation ist über zwei Jahre alt, am 27. September 2021 eingereicht, über zwei Jahre später behandeln wir das da. Aber ich muss jetzt zur Ehrenrettung der Justizdirektorin schon noch sagen: Die Antwort kam schon schneller, einfach das Geschäft ist erst heute in diesem Rat. Es ist jetzt nicht etwas, das wir da frisch aufgesetzt haben.

Zweitens, auf ihre Betriebsblindheit bezogen: Was Kultur- und Theatergruppen machen, ist mir so was von piepewurst, aber Sie verkennen etwas: Diese Theatergruppe ist so was von perfid. Die Theateraufführungen fanden ja vor der JVA Pöschwies statt. Man hat diese eine Person, von der wir jetzt immer geredet haben, den B.K. verherrlicht. Und die Übeltäter waren immer diejenigen, die vom Staates wegen auf diese Personen haben aufpassen müssen, die versucht haben, zu therapieren. Da haben Personen, Männer auch der Kantonspolizei Zürich, teils bis heute bleibende körperliche Schäden, und um das geht es mir bei dieser Interpellation. Kultur kann vieles, aber Kultur darf nicht Gewalt verherrlichen. Und da sind Sie betriebsblind. Da geht es mir absolut nicht um diese Person. Und ich will auch niemanden von dieser Kulturschaffenden piesacken, aber mir geht es auch moralisch darum, dass man nicht alles machen kann. Man kann nicht Gewalt verherrlichen auf Kosten der Steuerzahlenden und auf Kosten der Kultur. Da binden Sie sich ja einen Riesensack auf dem Rücken. Sie müssen sich mal nicht mehr wundern, wenn auch da wie beim vorhergehenden Geschäft (*KR-Nr. 206/2021*), wenn sich jüngere Menschen von den Medien abwenden, auch da von der Kultur abwenden. Es geht nicht an, dass man diejenigen, die eine Staatsaufgabe machen zum Wohle der Allgemeinheit, dass man diese piesackt, als Verbrecher, als Rassisten hinstellt und dann die Person, die das alles verursacht, als unschuldiges Lamm hinstellt. Um das geht es. Denken Sie mal an die geschädigten, verletzten Personen und deren Angehörige. Denken Sie an die Menschen, die jeden Tag in diese JVA gehen, um einen mehr oder weniger guten Job zu machen. Und wenn wir da Gewalt streuen und das verherrlichen durch eine Kultur, lieber Herr Kollege der Grünen, dann ist definitiv etwas falsch in diesem Staat.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Vielleicht eine Bemerkung, Herr Isler, kann ich mir nicht verkneifen: Wenn Ihnen diese Mitarbeitenden der Vollzugsanstalten wirklich am Herzen liegen – und ich weiss, dass sie es tun –, dann verzichten Sie doch in der Budgetdebatte auf künftige Kürzungen, die eben genau diese Arbeit erschweren würden.

Zum Fall «B.K.» sage ich nichts, da gilt die Devise «Scheinwerfer aus». Ich möchte nur Herrn Vontobel auf seinem Weg nach Bern (*der Angesprochene wurde bei den Gesamterneuerungswahlen 2023 in den Nationalrat gewählt*) eine

kleine Erklärung zum Funktionieren einer Exekutivbehörde noch mitgeben: Eine Anfrage oder eine Interpellation, die vom Regierungsrat dem Kantonsrat zugewiesen wurde, wurde nicht von der entsprechenden Direktionsvorsteherin entschieden, sondern vom Regierungsrat.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.